

Martini, Renate

## **Schullandschaft im Umbruch. Gesetzliche Regelungen für das allgemeinbildende Schulwesen in den neuen Bundesländern**

*Frankfurt am Main : Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung 1992, 52 S.*



Quellenangabe/ Reference:

Martini, Renate: Schullandschaft im Umbruch. Gesetzliche Regelungen für das allgemeinbildende Schulwesen in den neuen Bundesländern. Frankfurt am Main : Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung 1992, 52 S. - URN: urn:nbn:de:0111-opus-7105 - DOI: 10.25656/01:710

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-7105>

<https://doi.org/10.25656/01:710>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

**Renate Martini**

## **Schullandschaft im Umbruch**

**Gesetzliche Regelungen für das allgemeinbildende Schulwesen  
in den neuen Bundesländern**

Verlag  
Schulbuchverlag  
Leipzig  
1990

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Einleitung	7
2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule	9
3 Schulstrukturen	13
3.1 Die Grundschule	14
3.2 Die Sekundarstufe I	16
3.3 Die gymnasiale Oberstufe der Sekundarstufe II	19
4 Durchlässigkeit der Bildungsgänge	23
5 Schulabschlüsse	26
6 Schlußbetrachtungen	30

## Anlagen

1 Rechtsgrundlagen	35
2 Auszug aus dem Schulreformgesetz des Landes Brandenburg	36
3 Auszug aus dem Schulreformgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern	40
4 Auszug aus dem Schulgesetz des Freistaates Sachsen	43
5 Auszug aus dem Schulreformgesetz des Landes Sachsen-Anhalt	46
6 Auszug aus dem Bildungsgesetz des Landes Thüringen	50

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen im Osten Deutschlands haben von Anfang an eine radikale Umgestaltung des Bildungswesens eingeschlossen. Sowohl mit den Zielen, Inhalten und Methoden als auch mit den Strukturen eines durch 40 Jahre SED-Regime reglementierten, ideologiebestimmten Schulwesens mußte gebrochen werden.

Einer Zeit der Ratlosigkeit in den ersten Wochen nach dem November 1989 folgten zahlreiche Aktivitäten, das Schulwesen neu zu gestalten. Viele Lehrer engagierten sich für neue Unterrichtsmethoden, Direktoren entwarfen gemeinsam mit Lehrern, Eltern und Schülern Konzepte, wie "ihre" Schule im Rahmen eines neu zu entwickelnden Schulwesens zu gestalten wäre. Im Gegensatz zur früheren Einheitsschule der DDR entstand vorübergehend eine Autonomie der Schule.

Im Vordergrund der sich daraus ergebenden bildungspolitischen Aktivitäten, Diskussionen und Überlegungen zu einem gegliederten Schulwesen standen vornehmlich strukturelle Fragen: Zwei-, Drei- oder Viergliedrigkeit, Gesamtschule ja oder nein, Schularten der Sekundarstufe I, Dauer der Grundschule und des gymnasialen Schulanges. Von seiten der Länder mußte unter enormem Zeitdruck der Neuaufbau des Schulwesens so weit vorangebracht werden, daß die Schulen zu Beginn des Schuljahres 1991/92 funktionstüchtig waren. In Anbetracht des Zeitfaktors und der Art und Weise, wie die Schulreformgesetze entstanden, kann man einerseits von einer Schulreform von "oben" sprechen, da eine gründliche Diskussion von Vorschlägen mit Lehrern, Eltern, Schülern und Erziehungswissenschaftlern nur sehr

---

<sup>1</sup> Bei den Quellenangaben handelt es sich um die aus dem jeweiligen Gesetz zitierten bzw. inhaltlich wiedergegebenen Paragraphen, die auszugsweise, alphabetisch nach Bundesländern geordnet in Anlage 1 dargestellt werden. Aus Platzgründen wird im Text auf die Gesetzesquelle verzichtet und nur in den Anlagen angeführt.

begrenzt möglich war. Andererseits nahmen viele Lehrer, Lehrerverbände, Eltern und Schüler auch ungefragt Stellung, artikulierten sich, versuchten, ihre Ideen in die Debatte um die Gesetzentwürfe einzubringen<sup>2</sup>.

Allerdings läßt die frühzeitige Verabschiedung der Schulreformgesetze, insbesondere in Thüringen (25.3.91), Brandenburg (25.4.91) und Mecklenburg-Vorpommern (26.4.91), auch vermuten, daß eine vielfältige Diskussion nicht beabsichtigt oder kaum möglich war. Schnelle gesetzliche Regelungen waren aber notwendig, um die juristisch abgesicherten Grundlagen und Rahmenbedingungen für den Übergang von der Einheitsschule zum gegliederten Schulwesen zu schaffen, um mit der inhaltlichen Ausformung der einzelnen Schularten beginnen zu können.

Die Schulreformgesetze tragen überwiegend vorläufigen Charakter. Schließlich sind die Landesverfassungen, die die Ausformung des Schulwesens im jeweiligen Bundesland auf der Basis des Grundgesetzes wesentlich mitbestimmen, noch nicht verabschiedet worden. Andererseits wird durch die Bezeichnung "Schulreformgesetz" bzw. "vorläufiges Bildungsgesetz" deutlich, daß hier ein Umgestaltungsprozeß von längerer Dauer eingeleitet wird, bei dem Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt werden sollen, die zu einem späteren Zeitpunkt durchaus Veränderungen in den jetzt verabschiedeten Gesetzen, aber auch weitere Gesetze nach sich ziehen können. Die dafür vorgesehene Zeitspanne wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich bestimmt. Während in Sachsen-Anhalt dieser Prozeß Ende 1992 bzw. in Thüringen nach zwei Jahren abgeschlossen sein soll, legten sich Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nur insoweit fest, als daß das Schulreformgesetz bis zum Inkrafttreten eines Landesschulgesetzes gültig sein soll. Im Unterschied zu diesen Bundesländern

---

<sup>2</sup> vgl. dazu auch: Berger, Konrad; Weiß, Horst: Internationaler Vergleich zu Funktionen, Zielen und Inhalten von Abiturstufen (Erste Ergebnisse). In: Bildungswesen aktuell 1(1990)5, 44 S. \* Brendel, Manfred: Sachsen will "liberalstes Schulgesetz Deutschlands". 1200 Wortmeldungen in öffentlicher Diskussion. In: Der Morgen (1991-04-15)87, S. 18 \* Disput um Bildungsgesetz. DGB-Einspruch. In: Der Morgen (1991-02-21)44, S. 19

bezeichnet Sachsen die gesetzlichen Regelungen für das Schulwesen als "Schulgesetz". Anscheinend liegt dort eine längerfristig festgeschriebene Gesetzesfassung vor, größere Veränderungen werden wohl nicht erwartet.

Die folgenden Kapitel sollen einen punktuellen Einblick in die verabschiedeten Schul(reform)gesetze geben<sup>3</sup>. Sie beziehen sich insbesondere auf den in den Gesetzen formulierten Bildungs- und Erziehungsauftrag sowie auf das in den neuen Bundesländern unter föderalistischen Bedingungen zu schaffende allgemeinbildende Schulwesen. Dargestellt wird der Aufbau der Grundschule, der Schulen der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe. Dabei wird auf Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede verwiesen. Das Berliner Schulgesetz bleibt unberücksichtigt, da für Ostberlin die gesetzlichen Bestimmungen von Westberlin übernommen und diese als hinreichend bekannt vorausgesetzt werden.

## **2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule**

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag für die Schulen der neuen Bundesländer basiert auf dem Grundgesetz. Dieser Auftrag geht von den Prinzipien einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft aus. Die Schule als Institution hat pädagogische, didaktische, personelle, materielle und rechtliche Bedingungen zu schaffen, damit diese Prinzipien für jeden Einzelnen zur Geltung kommen können. Die Grundwerte, an denen sich sowohl das Individuum wie auch die Gesellschaft als Ganzes orientieren sollen, sind im Grundgesetz umrissen. Sie beinhalten u.a.:

- die Unantastbarkeit der Menschenwürde;

---

<sup>3</sup> Zu Fragen des Schulrechts siehe auch Avenarius, Hermann: Die Schulgesetzgebung in den neuen Bundesländern. In: Deutsche Lehrerzeitung 38(1991)21, S. 3; 22, S. 6; 24, S. 6; 25, S. 12 \* Der Autor geht insbesondere auf rechtliche Gesichtspunkte in den Gesetzen ein und diskutiert dabei u.a. die Themen Schulverfassung, Rechte der Lehrer, Eltern und Schüler sowie das des privaten Schulwesen.

- Freiheitsrechte, darunter vor allem das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Freizügigkeit, Presse- und Redefreiheit, das Recht auf freie Wahl des Berufs- und Arbeitsplatzes;
- Gleichheitsrechte, insbesondere die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Sozialpflichtigkeit des Privateigentums.

Das schließt auch ein, daß der Eigenwert und die Eigenständigkeit des Menschen sowie seine Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung respektiert werden<sup>4</sup>. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ist die Basis dafür, daß sich eine Unverwechselbarkeit der Individualität herausbilden kann. Das schließt aber auch gleichzeitig Toleranz gegenüber Andersdenkenden ein und verstärkt den Aspekt und die Notwendigkeit des sozialen Lernens.

Die Verbindlichkeit des Grundgesetzes für die neuen Bundesländer schafft den rechtlichen Rahmen für die Reform des Bildungswesens in diesen Ländern. Zudem folgt aus der nachdrücklichen Bindung philosophisch-pädagogischer Auffassungen an die freiheitlich-demokratischen Wertvorstellungen des Grundgesetzes für alle Schulreformgesetze der klare und konsequente Bruch mit den ideologisch verbrämten, das Individuum negierenden Bildungszielen in der DDR<sup>5</sup>.

Damit stehen nicht mehr ideologische, ökonomische und ähnliche Prinzipien im Vordergrund der Erziehung, sondern das frei und selbständig agierende Individuum, dessen Freiheitsraum jedoch nicht schrankenlos, sondern gemeinschaftsbezogen ist. In allen Schulreformgesetzen wird jedem jungen Menschen das gleiche Recht auf Bildung garantiert. Gleiche Bildungschancen ergeben sich prinzipiell aus Art. 3 Abs. 3 GG, nach dem alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Die Sicherung des Zugangs zu den schulischen Bildungsgängen ist eine

---

<sup>4</sup> Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung. Unter Mitarb. von Helmut Nörenberg. 6., verb. Aufl. Neuwied: Luchterhand 1990, S. 59 ff.

<sup>5</sup> Neuner, Gerhart: Einige theoretische Grundlagen des neuen Lehrplanwerks der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR. 1970, 220 S. Leningrad, Leningrader Staatliches Pädagogisches Institut "A. I. Herzen", Diss. B., S. 3 f.

Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Grundrechts. In den Schulreformgesetzen wird dieser Aspekt unterschiedlich formuliert: Brandenburg und Thüringen legen in § 1 fest, daß der Zugang zu den schulischen Bildungsgängen jedem Schüler offen steht. Mecklenburg-Vorpommern hebt in der Präambel die Sicherung gleicher Bildungschancen hervor. Für Sachsen und Sachsen-Anhalt wird dieses Moment im Gesetz nicht gesondert ausgewiesen, wohl aber der Bezug zum Grundgesetz hergestellt.

Interessant wird sein, wie es gelingt, das Spannungsfeld zwischen gesetzlichem Gebot und sozialer Realität zu gestalten. Gerade beim Aufbau eines neuen, demokratischen Schulwesens ist die Festschreibung und Realisierung gleicher Bildungschancen unverzichtbar, damit jedem Schüler die Möglichkeit gegeben ist, sich entsprechend seinen Neigungen und seiner Leistungen zu entwickeln, damit jeder Schüler den Bildungsweg beschreiten kann, den er und seine Eltern für den günstigen halten. Somit wird einerseits das Recht der Eltern und des Schülers gewahrt, über seine schulische Qualifikation zu entscheiden. Andererseits wird der individuellen Vielfalt der Schülerpersönlichkeiten entsprochen.

Gleiche Bildungschancen in einer pluralistischen Gesellschaft heben sich ab von der Gleichförmigkeit der Bildungsmöglichkeiten in der Einheitsschule der DDR. In Anbetracht der Erfahrungen aus dieser Zeit ist die Förderung von Leistungsbereitschaft, sozialem Engagement und freiheitlich-demokratischer Gesinnung eine wichtige Aufgabe der neuen Schule, wie sie insbesondere in den Gesetzen von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen betont wird.

Die Gesetze von Brandenburg, Sachsen und Thüringen heben besonders hervor, daß sich die Zugangsmöglichkeiten zu den einzelnen Bildungsgängen unabhängig von der sozialen Herkunft sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Eltern gestalten. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Realisierung des Prinzips der Chancengleichheit. Zugleich ist es eine Abkehr von der Vorgehensweise der DDR, in der bereits während der Schulzeit der Zugang zu höheren Bildungsgängen gesteuert wurde, und zwar so, daß der



prozentuale Anteil einzelner sozialer Schichten an der Gesamtbevölkerung "gewahrt" blieb<sup>6</sup>.

In den Schulreformgesetzen von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt wird den Fähigkeiten und Neigungen der Schüler stärkere Beachtung beigemessen. Die Schule soll die Fähigkeiten und Neigungen jedes Schülers erkennen und die Bedingungen zu ihrer Entfaltung schaffen. Das setzt voraus, daß sich die Schule in vielfältigen äußeren und inneren Gestaltungsformen repräsentiert, über ein breit gefächertes Instrumentarium verfügt und damit nicht nur die Vielfalt von Individualität zuläßt, sondern auch fördert. Im Unterschied zur DDR gibt die Schule in einer pluralistischen Gesellschaft aber nur Anregungen, vorhandene Fähigkeiten und Neigungen zu entfalten, sie hat eine die Bildung und Erziehung der Schüler begleitende, animative Funktion. Im Vergleich zu den drei genannten Bundesländern betonen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen stärker das Leistungsprinzip und heben damit einen anderen Aspekt des Erziehungsauftrages hervor.

Die Gesetze von Brandenburg (§2 Abs.3) und Sachsen (§ 2) berücksichtigen die besondere Lage nationaler Minderheiten. In deutsch-sorbischen Gebieten soll Schülern, deren Eltern es wünschen, die Möglichkeit gegeben werden, die sorbische Sprache zu erlernen bzw. in bestimmten Fächern und Klassenstufen in sorbischer Sprache unterrichtet zu werden. An allen Schulen sollen Grundkenntnisse über die Geschichte und Kultur der Sorben vermittelt werden. In Sachsen erhält Sorbisch den Status als Muttersprache, Zweitsprache und Fremdsprache.

Damit wird das Bemühen spürbar, den Besonderheiten der nationalen Minderheit Rechnung zu tragen und der sorbischen Bevölkerung das Recht einzuräumen, ihre eigene Kultur zu wahren und zu entfalten. Das bedeutet eine Abkehr von der Assimilationspolitik gegenüber dieser Minderheit in der DDR; die Eigenständigkeit der Sorben war nur formell und wurde als Vorwand für eine ansonsten verfehlte Nationalitätenpolitik benutzt.

---

<sup>6</sup> Sozialreport '90 : Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR / Hrsg. von Gunnar Winkler. Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1990, S. 52, 63

Auffällig ist, daß in den Schulreformgesetzen die Problematik der Ausländerkinder nur indirekt aufgegriffen wird. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt gilt die Schulpflicht für alle Kinder, die in dem jeweiligen Bundesland wohnen, also auch für ausländische Kinder. Nur im Gesetz Thüringens wird nicht ausgeführt, für welchen Personenkreis die Schulpflicht geregelt wird. In Anbetracht dessen, daß zumindest mittelfristig Ausländerkinder auch für das Schulwesen in den neuen Bundesländern eine beachtliche Rolle spielen werden, sind nähere gesetzliche Bestimmungen zu erwarten.

### 3 Schulstrukturen

Alle neuen Bundesländer haben sich, um den unterschiedlichen Begabungen und Neigungen der Schüler Rechnung zu tragen - wenn auch mit jeweils anderen Akzenten - für den Aufbau eines gegliederten allgemeinbildenden Schulwesens entschieden.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, daß die Schulsysteme in diesen Ländern zunächst, d.h. äußerlich als zweigliedrig erscheinen, also gegenüber der Drei- bzw. Viergliedrigkeit in den alten Bundesländern modifiziert wären. Obwohl derartige Ansätze zur Veränderung der Schulstruktur bildungspolitisch durchaus relevant wären und zur Reflektion über notwendige strukturelle Veränderungen auch in den alten Bundesländern anregen könnten, zumal dort Trends zur Zweigliedrigkeit erkennbar sind, zeigt sich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, daß es sich bei der realen Ausformung der einzelnen Schularten nur um eine Verlagerung der Dreigliedrigkeit nach "innen" handelt. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sind die einzigen Bundesländer, die die modifizierte Vier- bzw. Dreigliedrigkeit auch äußerlich übernommen haben, wenngleich mit qualitativen Unterschieden.

### 3.1 Die Grundschule

Die Grundschule wird gemäß dem Hamburger Abkommen<sup>7</sup> als die gemeinsame Schule für alle Kinder der Primarstufe betrachtet. Sie umfaßt vier Klassenstufen. Lediglich Brandenburg macht mit sechs Schuljahren eine Ausnahme, da sich dieses Bundesland stärker am Berliner Schulgesetz orientiert.

Als Aufgabe der Grundschule ist in den Gesetzen von Sachsen (§ 5) und Sachsen-Anhalt (§ 4) die Vermittlung von Grundkenntnissen und -fertigkeiten unter Einbeziehung von Elementen des spielerischen Lernens vorgesehen. In Brandenburg (§ 6) wird von spielerischen zu schulischen Formen des Arbeitens und Lernens übergegangen. Im Gesetz Thüringens (§ 4 Abs. 2) hat die Grundschule darüber hinaus Hilfen für die intellektuelle, psychische, physische und soziale Entwicklung des Kindes zu geben. Im Gesetz vom Mecklenburg-Vorpommern (§ 2 Abs. 1) wird die Aufgabe der Grundschule nicht näher bestimmt.

Somit bietet die Grundschule den Schülern die Möglichkeit, über zumeist kindgemäße Methoden Grundkenntnisse und -fertigkeiten zu erwerben sowie Verfahrensweisen des Lernens zu erproben. Das sind wichtige Grundlagen für den weiteren Bildungsweg der Kinder.

Der Hort nimmt innerhalb der außerunterrichtlichen Betreuung, vor allem der der jüngeren Schulkinder, eine Sonderstellung ein. Er ist im Grundschulbereich eine zusätzliche Chance für die Differenzierung und die Kompensierung unterschiedlichen Wissens. Mit dieser Einrichtung werden wichtige Erfahrungen bei der Betreuung jüngerer

---

<sup>7</sup> Das Hamburger Abkommen i. d. F. vom 14.10.1971 ist u.a. abgedruckt in Sammlung der Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1. Neuwied: Luchterhand, Leitzahl 101 \* Mit dem Hamburger Abkommen wird das Ziel verfolgt, bei Akzeptanz der Bildungshoheit der Länder dem allgemeinbildenden Schulwesen in seiner föderalistischen Vielfalt eine nationalstaatliche Einheitlichkeit zu geben. Es beinhaltet u.a. auch die Bezeichnung der verschiedenen Bildungseinrichtungen und ihre Organisationsformen (§§ 4, 5, 6a, 7, 8, 9, 10, 10a, 10b, 11) einschließlich der Sicherung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen.

Schulkinder aus dem Schulwesen der DDR aufgegriffen. Das ist einer der wenigen Punkte, bei denen eine gewisse Kontinuität zum bisherigen Schulsystem zu erkennen ist, jedoch mit einem prinzipiell anderen Konzept. Es werden nunmehr Bedingungen geschaffen, mit denen der Hort die Bildung und Erziehung in neuer Weise begleiten kann.

Da der Besuch des Hortes freiwillig ist, die Eltern darüber zumeist aus beruflichen und sozialen Gründen befinden, dürfte diese Form der außerschulischen Differenzierung von einer leistungsmäßig heterogen, d.h. auch mehr oder weniger zufällig zusammengesetzten Schülerschaft genutzt werden. Das hat für die Differenzierungen im Hort als auch für die im Schulunterricht zur Folge, daß der Kompensation der divergierenden Niveaus von Wissen und Leistungsfähigkeit in beiden Bereichen - und zwar wechselseitig - besondere Berücksichtigung zuteil werden muß.

In den einzelnen Ländern ist die Einrichtung von Horten unterschiedlich geregelt. In Brandenburg (§ 4 Abs. 2) ist der Hort räumlich und organisatorisch der Grundschule angegliedert. Für Sachsen-Anhalt ist der Hort Bestandteil jeder Grundschule (§ 4). Thüringen (§ 19) führt Horte in der Regel an Grundschulen. Im Freistaat Sachsen (§ 16) sollen Horte an Grundschulen eingerichtet werden. In Mecklenburg-Vorpommern (§ 2) ist den Grundschulen bei Bedarf ein Schulhort angegliedert. Wonach sich der Bedarf richtet, wird nicht ausgeführt.

Mit unterschiedlichen Akzentuierungen sprechen sich die Gesetzgeber also für die Erhaltung von Horten aus. Gleichzeitig wird diese Entscheidung, außer in Sachsen-Anhalt und Thüringen, dadurch relativiert, daß die Einrichtung von Horten an personelle und sachliche Voraussetzungen gebunden wird. Angesichts der Tatsache, daß die meisten Kommunen finanziell stark belastet sind, ist es wahrscheinlich, daß sich die im Gesetz vorgesehene Einrichtung von Horten in der Praxis nur eingeschränkt realisieren läßt und somit weder die Wünsche der Eltern noch die Bedürfnisse der Kinder genügend berücksichtigt werden können. Im Gesetz Sachsens (§ 61 Abs. 4) wird die Situation dadurch etwas entschärft, daß zwei Drittel der notwendigen Personalkosten für Horterzieher für das Schuljahr 1991/92 als Übergangsregelung vom Landeshaushalt getragen werden. In den fol-

genden Jahren wird ein 37,5%-iger Zuschuß gewährt. Für Brandenburg sieht das Schulreformgesetz eine ähnliche Regelung vor, allerdings mit erheblich höheren Zuschüssen.

### **3.2 Die Sekundarstufe I**

Die Sekundarstufe I beginnt mit der 5., in Brandenburg mit der 7. Klasse und führt bis zur Klassenstufe 10. Die Klassen 5 und 6 werden in Mecklenburg-Vorpommern als Orientierungsstufe geführt. In der Sekundarschule Sachsen-Anhalts werden sie als Förderstufe, am Gymnasium als Beobachtungsstufe eingerichtet. In Sachsen haben die Klassen 5 und 6 sowohl in der Mittelschule als auch am Gymnasium Orientierungsfunktion. Das Bildungsgesetz Thüringens sieht diese "Zwischenstufe" nicht vor. Für Brandenburg erübrigt sich diese Regelung aufgrund der sechsjährigen Grundschule, was aber nicht ausschließt, daß die Klassenstufen 5 und 6 die Funktion einer Orientierungsstufe übernehmen, zumal durch das Gesetz die Möglichkeit vorgesehen ist, die Grundschule organisatorisch verschieden zu gestalten und im Unterricht für einen begrenzten Zeitraum auch anderen Lerngruppen als der Klassenverband eingerichtet werden können. Aus der Orientierungs- bzw. Förderstufe in den drei genannten Bundesländern ergeben sich für den weiteren Bildungsweg des Schülers unterschiedliche Konsequenzen, vgl. Abschn. 4.

Die Klassen 7 bis 10 weisen von Bundesland zu Bundesland die größten Abweichungen auf. Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Land, das sich an den alten Bundesländern orientiert und im Anschluß an die Grundschule die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium einrichtet. Brandenburg sieht die Gesamtschule, das Gymnasium und außerdem die Realschule vor. In den anderen drei Bundesländern wird eine spezifische Schulform eingeführt, die in Sachsen Mittelschule, in Sachsen-Anhalt Sekundarschule und in Thüringen Regelschule heißt. Obwohl sie unterschiedlich bezeichnet wird, stellt sie im Prinzip eine Verflechtung von Haupt- und Realschule dar, da sie sowohl den Hauptschul- als auch den Realschulabschluß ermöglicht. Nur in Sachsen-Anhalt werden der Hauptschul- und der Realschulbildungsgang getrennt geführt. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt

kann mit dem Abschluß der Klasse 10 ein qualifizierter Hauptschulabschluß erworben werden. In Sachsen können die Schüler nach erfolgreichem Besuch der Klasse 9 durch besondere Leistungsfeststellung ebenfalls den qualifizierten Hauptschulabschluß erwerben.

Mit der Möglichkeit zur Erweiterung der Hauptschule um eine Klassenstufe wird der Versuch unternommen, die Hauptschule für Schüler und Eltern attraktiver zu machen. Damit könnten Ängste und Bedenken abgebaut werden, daß mit dem Hauptschulabschluß die Chancen für eine solide Berufsausbildung geringer sind. Dieser Versuch ist auch so zu verstehen, daß hier Erfahrungen aus der DDR-Schule aufgegriffen werden, um nicht nur eine umfassende Allgemeinbildung zu ermöglichen, sondern auch tiefgründiger auf die Berufsausbildung vorzubereiten.

Auch hinsichtlich der Differenzierungsformen innerhalb der Sekundarstufe I werden in den Schulreformgesetzen unterschiedliche Vorgehensweisen deutlich. Im Gesetz von Mecklenburg-Vorpommern werden zu keiner Schulart Regelungen zur Differenzierung getroffen. Es ist anzunehmen, daß die entsprechenden Bestimmungen im Verordnungswege erlassen werden. Eine Presseinformation des Kultusministeriums weist darauf hin<sup>8</sup>, daß ab Klasse 7 in den Haupt- und Realschulen ein Wahlpflichtbereich eingeführt wird, um den Interessen und Begabungen der Schüler differenzierter entsprechen zu können.

Im Gesetz Thüringens (§ 4 Abs. 3) ist für die Regelschule ab Klasse 7 eine Differenzierung nach Schwerpunkten vorgesehen. Für die brandenburgische Realschule (§ 9 Abs. 3) ist wie für die Sekundarstufe I der Gesamtschule (§ 7 Abs. 3) und des Gymnasiums (§ 8 Abs. 3) festgelegt, daß der Unterricht zwar in der Regel im Klassenverband erfolgt, aber für eine begrenzte Zeit auch in Kursen stattfinden kann. In Sachsen (§ 6) beginnt in der Mittelschule mit Klasse 7 eine auf Abschlüsse und Leistungsentwicklung bezogene Differenzierung. Dort können wie am Gymnasium z. B. sprachliche, mathematisch-naturwis-

---

<sup>8</sup> Vorläufige Studentafel für die Grund-, Haupt- und Realschulen und die Gymnasien / Hrsrg.: Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern, Pressestelle 29.04. 1991, 1 S.

senschaftliche, musische, technische, sportliche Profile eingerichtet werden. Für Sachsen-Anhalt (§ 5 Abs. 3) wird insoweit eine äußere Differenzierung deutlich, als der Hauptschul- und der Realschulbildungsgang getrennt sind. Im Hauptschulbildungsgang werden solche Schüler angesprochen, die den Schwerpunkt ihrer Anlagen, Interessen und Leistungen im anschaulichen Denken und im praktischen Umgang mit den Dingen haben, wogegen der Realschulbildungsgang erhöhte theoretische und praktische Anforderungen stellt. Das Gymnasium kann als Spezialschule mit inhaltlichen Schwerpunkten angeboten werden. Damit werden wie in Sachsen Spezialklassen und -stufen als DDR-spezifische Momente in völlig neuer Weise aufgegriffen, die eine gewisse Kontinuität aufweisen, aber deren Ideologisierung abschaffen.

Die Stellung der **Gesamtschule** im Schulwesen der einzelnen Länder ist sehr verschieden. Im Unterschied zu allen anderen Ländern favorisiert Brandenburg (§ 7) die Gesamtschule als Regelschule. In ihr soll mit der Möglichkeit der inneren und äußeren Differenzierung (Fachleistungsdifferenzierung) ein gefächertes Bildungsangebot ermöglicht werden. Sie eröffnet alle Abschlüsse der Sekundarstufe I. Der Unterricht wird überwiegend im Klassenverband, mit Beginn des zweiten Halbjahres der Klasse 7 auch in Kursen erteilt; für begrenzte Zeiträume sind auch andere Unterrichtsformen möglich. Für den Fremdsprachenunterricht können spezielle Regelungen zugelassen werden. Hier ist der Versuch einer breit angelegten Differenzierung zu erkennen. Dennoch wird interessant sein, wie in Brandenburg das die Gesamtschule charakterisierende Prinzip der heterogenen Zusammensetzung der Schülerschaft umgesetzt wird. Das ist eine entscheidende Voraussetzung, um soziales Lernen, aber auch vielfältige Differenzierungsformen zum Tragen zu bringen.

Auf die Gestaltung der Gesamtschule in Brandenburg kommt noch ein weiteres Problem zu. Sie ist die einzige Schulart, die den Hauptschulabschluß anbietet. Es besteht daher die Gefahr, daß sie auf das Niveau einer Hauptschule absinkt und ihre eigentlichen Anliegen bis zur Unkenntlichkeit verwischt werden.

Im Gesetz von Mecklenburg-Vorpommern (§ 6) wird die Gesamtschule nicht unter allgemeinbildenden Schulen aufgeführt. Damit die Ge-

samtschule das gegliederte Schulwesen nicht negativ beeinflusst (§ 6 Abs. 3), wird ihr eine Sonderstellung gegeben. Gesamtschulen müssen mindestens dreizügig sein und über eine bestimmte Klassenfrequenz verfügen. Sie vermitteln im Anschluß an die Grundschule in einem weitgehend gemeinsamen Unterricht eine allgemeine Bildung. Der Unterricht wird sowohl in Klassen als auch in nach Leistungen und Neigungen differenzierten Kursen durchgeführt. Die Gesamtschule umfaßt in der Regel die Klassenstufen 5 bis 10 und führt je nach Leistung zu einem Hauptschul- oder Realschulabschluß oder zur Versetzung in die Oberstufe des Gymnasiums. Es kann auch eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden, für dann die Vorschriften der Oberstufe des Gymnasiums gelten.

Die Sonderstellung der Gesamtschule, die zunächst einen einschränkenden Eindruck erweckt, ist eine realistische Reaktion auf die Gegebenheiten dieses Bundeslandes. Aufgrund der in vielen ländlichen Gebieten geringen Bevölkerungsdichte ist der Aufbau einer Gesamtschule mit den sie charakterisierenden Differenzierungsformen nicht oder nur sehr schwer möglich.

Für Sachsen werden Gesamtschulen im Schulgesetz nicht bestimmt; sie sind allenfalls im Rahmen von Schulversuchen (§ 15 Abs. 1) theoretisch denkbar. In Sachsen-Anhalt ist die Einrichtung von kooperativen Gesamtschulen als Zusammenfassung von Sekundarschule und Gymnasium in Ausnahmefällen möglich (§ 13 Abs. 2). In Thüringen werden Gesamtschulen ebenfalls nicht als eigenständige Schulart geführt, sondern nur im Rahmen von Schulversuchen zugelassen (§ 16).

### **3.3 Die gymnasiale Oberstufe**

Die gymnasiale Oberstufe ist auch in den neuen Bundesländern die einzige Schulform, die aufgrund zahlreicher verbindlicher KMK-Beschlüsse<sup>9</sup> im Vergleich zu den Schularten der Sekundarstufe I den

---

<sup>9</sup> vgl. "Sammlung der Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Gymnasiale Oberstufe, Abendgymnasium, Kolleg, Abiturprüfung". Neuwied: Luchterhand 1981.



geringsten Gestaltungsspielraum hat. Diese Beschlüsse haben sich in den zwanzig Jahren ihres Bestehens bewährt und wurden nur punktuell verändert, so daß anzunehmen ist, daß sie sich auch für die Erfordernisse der Zukunft als gestaltungsfähig erweisen werden. Zudem wird die gymnasiale Oberstufe der BRD auch international als attraktiv bewertet, insbesondere hinsichtlich der Aufgabenfelder, der Möglichkeiten der Differenzierung und der Individualisierung der Wählbarkeit von Fächern und Leistungskursen.

Obwohl sich die neuen Bundesländer stark an den KMK-Beschlüssen orientieren, trägt die Umsetzung länderspezifischen Charakter. Die gymnasiale Oberstufe wird an Gymnasien, Oberstufenzentren und - soweit ihre Einrichtung vorgesehen ist - auch an Gesamtschulen geführt. In den Gesetzen von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen werden keine Formen zur Differenzierung in der gymnasialen Oberstufe bestimmt. Das läßt zwar die Möglichkeit offen, ausschließlich im Klassenverband zum Abitur zu führen; diese Alternative stünde aber nicht im Einklang mit den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz. In Sachsen (§ 7) und Sachsen-Anhalt (§ 6) ist die Einführung eines Kurssystems für die Klassen 11 und 12 vorgesehen. Dabei wird in Sachsen, mit der Klassenstufe 11 beginnend, in halbjährigen Grund- und Leistungskursen unterrichtet, deren Ergebnisse in die Abschlußqualifikation eingehen.

Für Brandenburg werden die Bestimmungen zur gymnasialen Oberstufe gesondert in § 11 sehr detailliert abgehandelt. Es ist ein Kurssystem vorgesehen, das die Kombination von Grund- und Leistungskursen sowohl im Pflicht- als auch im Wahlbereich ermöglicht. Es werden verbindliche und wählbare Unterrichtsfächer einander und zugleich den sprachlich-literarisch-künstlerischen, gesellschaftswissenschaftlichen, mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeldern zugeordnet.

Die gymnasiale Oberstufe kann in Brandenburg auch mit berufsqualifizierenden Bildungsgängen verbunden werden, so daß eine Doppelqualifikation möglich ist. Diese Verfahrensweise trägt einerseits dem wachsenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften auf der mittleren Leitungsebene Rechnung. Es entsteht aber auch der Eindruck,

daß damit Überlegungen und Erfahrungen aus der DDR-Oberschule der 60er Jahre aufgegriffen werden, die sich unter den Bedingungen der zweiten Hälfte der 70er Jahre scheinbar nicht mehr bewährten, in den 80er Jahren aber wieder diskutiert wurden.

Bis etwa Anfang der 70er Jahre wurde an der Erweiterten Oberschule (EOS) sowohl ein allgemein- als auch ein berufsbildender Abschluß erworben. Zusätzlich, außerhalb der EOS, gab es als gleichberechtigten Bildungsgang zur Erlangung der Hochschulreife die Berufsausbildung mit Abitur<sup>10</sup>, die in Anlehnung an die sonstige Berufsausbildung drei Jahre dauerte. Die starke Förderung des mit Berufsausbildung verbundenen Abiturs beruhte hauptsächlich darauf, daß die DDR, die sich nach dem Mauerbau - zumindest von westlichen Ländern - ökonomisch unabhängig machen wollte, auf qualifiziertes Fachpersonal angewiesen war.

Als sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die politischen und ökonomischen Verhältnisse etwas stabilisiert hatten, wurde der allgemeinbildende Aspekt für die EOS wieder stärker akzentuiert und die berufsbildende Komponente allein der speziellen Qualifikation (Berufsausbildung mit Abitur) zugeordnet. Mit den wachsenden ökonomischen und sozialen Mißständen in der DDR ab Beginn der 80er Jahre und mit der Unzufriedenheit über die Abiturbildung wurde eine Verbindung von allgemeiner und beruflicher an der EOS erneut reflektiert. Dieses Konzept hatte sich zwar zwanzig Jahre zuvor als nützlich erwiesen. Angesichts veränderter Bedingungen hätte eine Reform jetzt nur gelingen können, wenn sie in enger Verbindung mit einer Umgestaltung der POS durchgeführt worden wäre.

Die Dauer der gymnasialen Oberstufe ist außer in Brandenburg auf zwei Jahre festgelegt. Im Schulreformgesetz von Brandenburg (§§ 5, 8, 11) wird definitiv keine Ausbildungsdauer bis zum Abitur festgelegt. Die Regelung, daß sich die Bildungsgänge zur Erlangung der

---

<sup>10</sup> Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR. Thesen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR (Thesen des Zentralkomitees). Berlin: Dietz Verl. 1959, S. 77 - 103

allgemeinen Hochschulreife an den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz orientieren, läßt aber darauf schließen, daß das Abitur nach 13 Schuljahren abgelegt werden soll.

Bei allen gegenwärtig kontroversen Diskussionen um die Dauer der gymnasialen Oberstufe ist weniger von Bedeutung, ob das Abitur nach 12 oder 13 Schuljahren erworben wird, sondern welches Niveau die Vorleistungen bis zum Abschluß der 10. Klasse aufweisen. Zudem schließt ein größeres Zeitvolumen für die gymnasiale Oberstufe nicht zwingend ein höheres Abiturniveau ein.

Nicht zuletzt waren es häufig die mangelnden Vorleistungen der POS, die die Qualität des Abiturs in der DDR beeinträchtigt hatten. Die Ausbildungsdauer bis zum Abitur ist ein Problem, das weit in die Geschichte der DDR zurückreicht. Bereits im Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem von 1965 ist angelegt, daß an den Erweiterten Oberschulen in zwei Jahren zum Abitur geführt wird<sup>11</sup>. Doch erst zum Ende des Schuljahres 1982/83 wurde die bis dahin vierjährige EOS auf administrativem Wege auf die Klassen 11 und 12 verkürzt. Obwohl Lehrer, Direktoren, Fachberater und Wissenschaftler auf die zu erwartenden Schwierigkeiten nachdrücklich hingewiesen hatten, konnte diese Fehlentscheidung nicht verhindert werden. Mit der zweijährigen Abiturbildung wurde die Leistungsheterogenität unter den Abiturienten immer größer. In dieser kurzen Zeit konnte es nicht gelingen, die mangelhaften Vorleistungen der POS zu kompensieren und das Abitur auf ein internationales Niveau zu bringen. Bereits früher, an der vierjährigen EOS, war deutlich geworden, daß selbst diesem Zeitraum nur teilweise ausgeglichen werden konnte, was in den acht Jahren zuvor versäumt wurde. Zudem spielte das Leistungsprinzip eine vordergründige Rolle; so wurden z.B. männliche

---

<sup>11</sup> Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. In: Unser Bildungssystem - wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation: Materialien der 12. Sitzung der Volkskammer der DDR und das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, o.O., Staatsverlag der DDR 1965, S. 104 \* vgl. dazu auch: Berger, Konrad; Thomas, Helga: Mittelfristig eine gemischte Schullandschaft. DDR-Schule im Umbruch. In: päd. extra & demokratische erziehung 3(1990)10, S. 23 - 28

Bewerber für die EOS bevorzugt, wenn sie eine militärische Laufbahn einschlagen wollten.

Somit hängt es vor allem von den Vorleistungen der Sekundarstufe I ab, in welchem Zeitraum ein Abitur erreicht werden kann, das dem europäischen und internationalen Vergleich standhält. Maßgeblich sind insbesondere ihre Bildungsziele und -inhalte, ihre didaktisch-methodische Gestaltung, die pädagogische und fachliche Kompetenz der Lehrer und ihr pädagogischer Handlungsspielraum.

#### **4 Durchlässigkeit der Bildungsgänge**

In den Schulreformgesetzen der neuen Bundesländer wird allgemein eine hohe Durchlässigkeit der Bildungsgänge angestrebt. Sie ist wesentliche Bedingung für die Durchsetzung realer Chancengleichheit. Durchlässigkeit von Bildungsgängen bezieht sich in erster Linie auf den Wechsel zwischen den Schulformen der Sekundarstufe I<sup>12</sup>. Durchlässigkeit der Bildungsgänge heißt auch, daß eine - aus welchen Gründen auch immer - gefällte Entscheidung über den Bildungsweg korrigierbar ist. Nicht wahrgenommene Chancen lassen sich nicht unbegrenzt offen halten, doch sollte es grundsätzlich möglich sein, getroffene Entscheidungen unter bestimmten Voraussetzungen zu revidieren.

In allen Schulreformgesetzen wird das Recht der Erziehungsberechtigten auf die Wahl des Bildungsweges ihrer Kinder garantiert. Die Eltern entscheiden zumeist auf Vorschlag oder Empfehlung der abgebenden Schule. In Mecklenburg-Vorpommern (§ 2 Abs. 6) wird dem Erziehungsrecht der Eltern in besonderer Weise Rechnung getragen. Bei Dissens zwischen dem Vorschlag der Schule und dem Antrag der Eltern wird dem Elternwunsch entsprochen. Es wird das Bemühen erkennbar, dem Elternrecht des GG Art. 6 Abs. 2 zu entsprechen und sich von den Verfahrensweisen in der DDR-Schule zu trennen.

---

<sup>12</sup> Dazu gehören auch der Wechsel innerhalb eines Bildungsganges, wobei sich das natürlich von der Grundschule bis zur gymnasialen Oberstufe sehr differenziert darstellt, als auch schulische und außerschulische Bildungsgänge.

Auffällig sind die Unterschiede der Regelungen für die Klassen 5 und 6. In Brandenburg gehören diese Jahrgangsstufen der Grundschule an (vgl. Abschn. Grundschule). In Mecklenburg-Vorpommern werden sie als Orientierungsstufe, in Sachsen-Anhalt innerhalb der Sekundarschule als Förderstufe eingerichtet. In Thüringen ist eine solche Zwischenstufe nicht vorgesehen, aber die Möglichkeit eingeräumt, nach den Klassenstufen 5 und 6 der Regelschule zum Gymnasium zu wechseln.

In Sachsen werden die Klassen 5 und 6 der Mittelschule als integrierte Klassen mit Orientierungsfunktion geführt, die sowohl schulartspezifischen als auch schulartübergreifenden Charakter tragen. Ein Wechsel nach Abschluß der Klasse 6 ist möglich, so daß die eigentliche Entscheidung über den Bildungsweg bis zu diesem Zeitpunkt relativ offen bleibt.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist dem Gesetz zu entnehmen, daß die Orientierungsstufe schulartbezogen angelegt ist. In einer Pressemitteilung zur Gestaltung dieser Ausbildungsstufe wird indes der schulartübergreifende Charakter betont und festgelegt, daß der Unterricht zunächst im Klassenverband, spätestens mit Beginn des zweiten Schulhalbjahres, in Leistungskursen für Mathematik und die erste Fremdsprache stattfindet<sup>13</sup>. Das schulübergreifende Moment wird dadurch gestärkt, daß die Stundentafeln von Haupt- und Realschule von Klasse 7 bis Klasse 9 weitestgehend, auch mit der des Gymnasiums, übereinstimmen<sup>14</sup>. Hinzu kommt, daß bei räumlicher Nähe von Haupt- und Realschule, etwa beide in einem Schulgebäude oder in benachbarten Schulen, der Unterricht in den gleichen Klassenstufen schulartübergreifend erteilt werden kann. Die Angleichung der Stundentafel, und wie zu erwarten auch des Fächerkanons, trägt dazu bei, die Durchlässigkeit zwischen den Schularten auch nach vollzogener Wahl des Bildungsganges zu erhalten und damit der Chancengleichheit dienlich zu sein.

---

<sup>13</sup> Vorgesehene Regelung für die Orientierungsstufe in Mecklenburg-Vorpommern für 1991/92 / Hrsg.: Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern, Pressestelle, 29.04.1991, 1 S.

<sup>14</sup> vgl. Vorläufige Stundentafel ... o.a.O.

In Sachsen-Anhalt (§ 5 Abs. 2) bilden das 5. und 6. Schuljahr der Sekundarschule die differenzierende Förderstufe, in der Lernschwerpunkte und -anforderungen der weiterführenden Bildungsgänge eingeführt werden. Der Unterricht in einzelnen Fächern kann leistungsdifferenziert und klassenübergreifend durchgeführt werden. Das Nähere bleibt Durchführungsbestimmungen vorbehalten. In Ausnahmefällen können die Schuljahrgänge 5 und 6 als unselbständige Außenstelle einer Sekundarschule an einer Grundschule eingerichtet werden. Der klassenübergreifende Aspekt, der auch die zeitlich begrenzte Auflösung des Klassenverbandes beinhalten kann, ermöglicht die Durchführung verschiedenartiger Projekte, bei denen die Schüler über kürzere oder längere Zeiträume sowohl fachliche als auch kommunikative Fähigkeiten entwickeln und ihr soziales Umfeld gestalten können. Nach Abschluß der 6. Klasse gibt die Schule eine Empfehlung zum weiteren Bildungsweg des einzelnen Schülers (Hauptschulbildungsgang, Realschulbildungsgang, Gymnasium). Das Gymnasium (§ 6 Abs. 3) richtet für die Klassen 5 und 6 eine schulartspezifische Beobachtungsstufe ein, so daß ein Wechsel von Klasse 6 des Hauptschul- oder Realschulbildungsganges zum Gymnasium nicht ohne weiteres, aber umgekehrt prinzipiell möglich ist.

Ein weiterer Eckpunkt für die Durchlässigkeit der Bildungsgänge sind die Chancen für Absolventen der 10. Klasse zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe. Für Mecklenburg-Vorpommern ist diesbezüglich im Gesetz keine Regelungen bestimmt. Im Gesetz Thüringens (§ 4 Abs. 5) ist für Schüler mit Realschulabschluß der Eintritt in die, dann aber dreijährige gymnasiale Oberstufe vorgesehen. Für Sachsen ist eine ähnliche Regelung in der Diskussion.

Nach § 5 Abs. 4 des Schulreformgesetzes Sachsen-Anhalts können Schüler des 10jährigen Hauptschul- oder Realschulbildungsganges bei besonderen Leistungen die Berechtigung zum Eintritt in die Klasse 11 des Gymnasiums erwerben. Da in Brandenburg in der Regel die Gesamtschulen eine gymnasiale Oberstufe führen, vollzieht sich der Übergang innerhalb dieser Schulart. Darüber hinaus besteht für Absolventen der Realschule bei besonderen Leistungen die Möglichkeit, die Berechtigung für den Besuch der gymnasialen Oberstufe zu erwerben. In der Praxis gibt es auch Gymnasien und Gesamtschulen, die

keine gymnasiale Oberstufe führen, so daß zwar der Übergang zur 11. Klasse geregelt ist, den Schülern aber ein zumeist weitaus längerer Schulweg zugemutet wird bzw. kostenaufwendige Internatseinrichtungen notwendig werden.

Die Schulreformgesetze eröffnen generell jedem die Chance, im allgemeinbildenden Schulwesen bis zum Abitur vorzudringen. Das ist ein entscheidender Unterschied im Vergleich zur DDR-Schule, wo bei der Aufnahme in die Erweiterte Oberschule die Selektion insofern eine wichtige Rolle spielte, als sie nicht Leistungen in den Vordergrund stellte, sondern politisch und sozial diskriminierte.

## 5 Schulabschlüsse

Geht man von den Bedingungen vergangener Jahre auf dem Territorium der DDR aus, dann war der Besuch der 10. Klasse an der Polytechnischen Oberschule für mehr als 90 % der Schüler zumeist die einzige Möglichkeit, überhaupt einen anerkannten Abschluß im allgemeinbildenden Schulwesen zu erwerben. Von diesen ca. 90 % der Schüler hatten 1989 nur 18,8 % die Chance, in Abiturklassen zur Hochschulreife zu gelangen<sup>15</sup>, von denen lediglich 12,6 % diesen Bildungsweg über die Erweiterte Oberschule gehen durften. Die verbleibenden 6,2 % der Schüler erreichten die Hochschulreife über die Berufsausbildung mit Abitur.

Im Vergleich dazu nutzten 1989 in der BRD ca. 42,2 %<sup>16</sup> der Schüler von Gymnasien und Gesamtschulen die Möglichkeit, das Abitur zu erwerben. Dieser enorme Unterschied ist u.a. auch Ausdruck dafür, wie stark in der DDR der Zugang zum Abitur staatlich reglementiert wurde. In der BRD hingegen resultiert die genannte Zahl aus der freien Wahl des Bildungsweges. Obwohl in den letzten Jahren die Zahl der Abiturienten steigende Tendenz aufweist, so befindet sich die BRD

---

<sup>15</sup> Sozialreport '90 ...o.a.O., S. 52

<sup>16</sup> Grund- und Strukturdaten / Hrsg.: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Ausg. 1990/91. Bad Honnef: Verl. Karl Heinrich Beck, 1990, S. 44f

im internationalen Vergleich hinsichtlich der Anzahl der Abiturienten gemessen an der Gesamtschülerzahl im letzten Drittel unter den hochentwickelten Industrieländern. 1987 nutzten in Frankreich ca. 60 %<sup>17</sup>, in den USA ca. 70 %<sup>18</sup> und in Japan ca. 94 %<sup>19</sup> der Schüler der entsprechenden Altersstufe die Möglichkeit, das Abitur abzulegen. Es bleibt allerdings fragwürdig, wie bei einer so großen Anzahl von Abiturienten, wie im Beispiel Japans, das Verhältnis von ökonomischer Effizienz und Individualität produktiv gestaltet werden kann.

In der DDR wurde wesentlich rigider mit solchen Schülern verfahren, deren Neigungen und Interessen mehr im praktischen als im theoretischen Denken lagen. Für sie war es außerordentlich schwierig, nach Abschluß der 8. Klasse die Schule zu verlassen. Zudem wurden sie zumeist sozial diskreditiert. Wenn 1989 5,3 %<sup>20</sup> der Schüler nach Abschluß der Klasse 8 die Polytechnische Oberschule verlassen durften, so war das nicht etwa Ausdruck dafür, daß sich nur eine so geringe Anzahl von Schülern freiwillig für diesen Bildungsweg entschied, sondern der Nachweis, wie wenigen es gelang, die Durchsetzung ihrer Bildungswünsche zu erzwingen. Der Mehrzahl der Schüler, die die Absicht hatten, nach Klasse 8 ein Arbeitsrechtsverhältnis aufzunehmen, wurde dieser Schritt verweigert. Sie wurden, häufig unter starker persönlicher Belastung, aber auch auf Kosten der Klasse und der Lehrer, bis zur 10. Klasse "geführt".

Mit diesem Hinweis soll kein Plädoyer für eine achtjährige Schulbildung gehalten werden, sondern ein Bild darüber vermittelt werden, wie beschränkt die Möglichkeiten zur Wahl der Bildungswege waren, wie die individuelle Vielfalt und das Recht auf freie Persönlichkeits-

---

<sup>17</sup> Hildebrandt, Franz: Republik Frankreich. In: Schulsysteme in der Welt von heute - Eine Auswahl / Hrsg.: Inst. f. Internat. Bildungspolitik u. Pädagogik. Berlin, 1990, S. 46 (Internationale Bildungsentwicklung;1)

<sup>18</sup> Meese, Ingolf: Allgemeinbildende Schule der USA und Japans / Zusammenst. u. Red.: Renate Martini; Akad. d. Pädag. Wiss. d. DDR, Arbeitsst. f. Auslandspädagogik. Berlin, 1989, 112 S. (Forschungsberichte und Studien)

<sup>19</sup> Martini, Renate: Japan. In: Schulsysteme in der Welt von heute ... o.a.O., S. 57

<sup>20</sup> Sozialreport '90 ... o.a.O., S. 52



entfaltung bewußt politisch und sozial eingegrenzt wurden. Mit der Einrichtung des gegliederten Schulwesens in den neuen Bundesländern werden strukturelle Rahmenbedingungen dafür geschaffen, jedem Schüler verschiedene Bildungswege zu eröffnen. Es werden die gleichen Schulabschlüsse ermöglicht wie in den alten Bundesländern.

Obwohl die vorgesehenen Schularten, besonders in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, nicht in jeder Hinsicht mit den Regelungen des Hamburger Abkommens übereinstimmen, sollten die Bemühungen anerkannt werden, im Rahmen eines gegliederten Schulwesens aufgrund besonderen Bedingungen neue Gestaltungsformen zu ermöglichen. Zudem schließt das Hamburger Abkommen den Zusammenschluß von Haupt- und Realschule nicht aus. Vielmehr eröffnet es gerade für diese Bildungsgänge Freiräume zur differenzierten Gestaltung in einzelnen Ländern und trägt dazu bei, im Rahmen nationalstaatlicher Einheitlichkeit föderalistische Vielfalt hervorzubringen.

Auch hinsichtlich der Abschlußprüfungen bestehen insoweit Freiräume, als im Hamburger Abkommen kein Modus zur Erlangung des Abschlusses der Sekundarstufe I vereinbart ist. Sie werden in den Gesetzen auf unterschiedliche Weise genutzt. Für Brandenburg sind keine gesetzlichen Regelungen zu Prüfungsverfahren bestimmt, wohl aber in den Durchführungsbestimmungen, die das Nähere festlegen<sup>21</sup>.

Für den Erwerb des Hauptschulabschlusses sind in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen keine Prüfungen vorgesehen. Der qualifizierte Hauptschulabschluß wird in Sachsen aufgrund einer besonderen Leistungsfeststellung erworben, was nicht zwingend bedeutet, daß dies in Form einer Prüfung geschehen muß. Zum Erwerb des Realschulabschlusses sind in Sachsen (§ 6 Abs. 2) und Thüringen (§ 4 Abs. 3) - nicht hingegen in Mecklenburg-Vorpommern - Abschlußprüfungen vorgeschrieben. Besonderheiten gelten für Sachsen-Anhalt (§ 5 Abs. 3). Dort sind die entsprechenden Leistungen sowohl für den Hauptschul- als auch für den Realschulabschluß in Kolloquien nachzuweisen.

---

<sup>21</sup> Ausbildungs- und Abschlußordnung der Sekundarstufe I im Land Brandenburg / Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Potsdam, Juli 1991, 14 S., 3 Anl.

Für den Wegfall von Abschlußprüfungen im Bereich der Sekundarstufe I sprechen pädagogische Gesichtspunkte. Den Schülern werden Prüfungsängste genommen. Auch solchen Schülern eröffnen sich Möglichkeiten für einen guten Abschluß, die aufgrund nervlicher o.a. Belastungen in Prüfungen nicht ihren wirklichen Erkenntnisstand zu repräsentieren vermögen. Der Verzicht auf Prüfungen ist eine Maßnahme, konzentrierten Leistungsdruck abzubauen. Andererseits kann sie aber zugleich diesen Leistungsdruck hervorbringen, da der Schüler dadurch angehalten wird, kontinuierlich hohe Leistungen zu erbringen, und somit ständig unter "Zugzwang" steht. Diese Art von Druck führt nicht nur zu kontinuierlichem Wissenserwerb, was pädagogisch und psychologisch von Vorteil ist, sondern bereitet die Schüler auch wirkungsvoller auf den beruflichen Alltag vor. Diese Regelungen gefährden auch die bundesweite Anerkennung des Hauptschul- und Realschulabschlusses nicht, da im Hamburger Abkommen ausschließlich für die gymnasiale Oberstufe Prüfungen vorgesehen sind.

Die Diskussion der in den fünf neuen Ländern vorgesehenen Bildungsabschlüsse aus nur deutscher Sicht wäre angesichts des entstehenden europäischen Binnenmarktes zu eng. Die Bildungsabschlüsse in Deutschland müssen im europäischen Maßstab wettbewerbsfähig und kompatibel sein. Für den Abschluß der Sekundarstufe II wird nicht nur das Niveau von Bedeutung sein; es wird auch eine Rolle spielen, mit welchem Lebensalter die durch die Schule vermittelten Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wirksam werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Entscheidung von vier der neuen Bundesländer für eine zwölfjährige Schulzeit bis zum Abitur begründet.

## **6      Schlußbetrachtungen**

Die neuen Schulreformgesetze sind die Basis für eine grundlegende Umgestaltung des allgemeinbildenden Schulwesens in den neuen Bundesländern und für die Abschaffung der uniformen Einheitsschule der DDR. Geht man davon aus, daß Schulstrukturen sich nicht verselbständigen sollen, sondern durch Ziel-Inhalts-Methoden-Konzepte bestimmt werden, kann die Entscheidung für ein gegliedertes Schulwesen

die Institution Schule in die Lage versetzen, der individuellen Vielfalt zu entsprechen und zu ihrer weiteren Ausprägung beizutragen. Dabei sind die auf Chancengleichheit abzielenden Bestrebungen eine wichtige Voraussetzung für die freie Entfaltung der Schülerpersönlichkeit.

Bei der Schaffung der dafür erforderlichen institutionellen und strukturellen Voraussetzungen ist insbesondere für die Sekundarstufe I auffällig, daß die Hauptschule als eigenständige Schulart nur in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet wird. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wird die Möglichkeit zum Hauptschulabschluß im Rahmen einer spezifischen Schulart, die eine Verflechtung von Haupt- und Realschule darstellt, geboten. In Brandenburg ist der Erwerb des Hauptschulabschlusses im Rahmen der Gesamtschule möglich.

Die Ursachen dafür, daß die Hauptschule in der Mehrzahl der neuen Bundesländer keine eigenständige Schulart bildet, dürften einerseits darin liegen, daß von den meisten Eltern und Schülern wie auch den Lehrern der Besuch einer Hauptschule als sozialer Abstieg gegenüber der Polytechnischen Oberschule angesehen wird. Andererseits trägt die Diskussion über die Rolle der Hauptschule in den westlichen Bundesländern - bekannt ist im Osten Deutschlands besonders die These "von der Hauptschule als Restschule" - nicht gerade dazu bei, die Stellung dieser Schulform aufzuwerten.

Die zum Teil recht unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen für das allgemeinbildende Schulwesen in den neuen Bundesländern, insbesondere im Bereich der Sekundarstufe I, resultieren daraus, daß auf der Grundlage der Kultur- und Bildungshoheit der Länder versucht wird, für die entsprechende Region eigene Lösungsansätze für anstehende Bildungsaufgaben zu finden. So ist z. B. festzustellen, daß Brandenburg das einzige Bundesland ist, das die Gesamtschule stark in den Vordergrund rückt und einen dreizehnjährigen Bildungsgang bei sechsjähriger Grundschule vorsieht. Alle anderen Bundesländer sehen Gesamtschulen nur mit Einschränkungen vor und führen nach zwölfjähriger Schulbildung bei vierjähriger Grundschule zum Abitur.

Hinsichtlich der Dauer der Schulzeit, also ihrer Verkürzung auf zwölf Jahre, wird Deutschland ohnehin mit der gesamteuropäischen Entwick-

lung konfrontiert sein. Zu bedenken bleibt auch, daß selbst dreizehn Schuljahre nicht ausreichen, um die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln, die für weitere Bildungs- und Ausbildungsgänge bzw. für die Erwerbstätigkeit späterer Jahre notwendig wären. Es scheint daher weniger angebracht, über die Schuldauer an sich zu debattieren. Vielmehr sollte über die inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Schulstufen und Schulformen mit dem Ziel nachgedacht werden, daß die Schule nicht nur in ihren Strukturen, sondern mehr noch in ihren Bildungsinhalten und -methoden die besten Voraussetzungen für jeden jungen Menschen schafft, damit er sich entsprechend seinen Neigungen und seiner Leistungsfähigkeit die Kenntnisse, Fähigkeiten und Verfahrenstechniken aneignen kann, um für die weiteren Bildungs- und Ausbildungsgänge den Anforderungen der Zeit gewachsen zu sein und sie mitgestalten kann.

Die Vielfalt der einzuleitenden Prozesse und das historische Erbe sind nur zwei Aspekte, die auf die Schwierigkeiten dieser Umgestaltungsprozesse hindeuten. Während in den alten Bundesländern das Leben in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit ist, müssen die Menschen in den neuen Bundesländern Demokratie erst erlernen und Erfahrungen im Umgang mit ihr sammeln. Damit beginnt der eigentliche Umgestaltungsprozeß, zu dem die Schule auch dadurch ein Beitrag leisten kann, daß sie bei der Suche nach Lösungen und Entscheidungsfindungen alle - Lehrer, Schüler und Eltern - einbezieht.

Ein weiterer Problemkreis ist der Erwerb entsprechender pädagogischer und fachlicher Kompetenzen der Lehrer. Das erfordert einerseits die Umgestaltung der Lehrerbildung, für die die Weichen gestellt werden. Um den gegenwärtig tätigen Pädagogen die Möglichkeit zu eröffnen, sich durch neue Erkenntnisse und Einsichten den Herausforderungen zu stellen, werden Fragen der Fort- und Weiterbildung an Bedeutung gewinnen.

Veränderungen von Zielen, Inhalten und Strukturen im Schulwesen bedürfen der aktiven Mitgestaltung durch Lehrer, Eltern und Schüler. Da es sich hierbei um Individuen handelt, für die der Umgestaltungsprozeß mit neuen Denk- und Handlungsweisen verbunden ist, wäre es illusionär anzunehmen, daß bei allen Bemühungen von Lehrern und

Erziehern zum Beginn des Schuljahres 1991/92 unmittelbar inhaltlich-methodische Veränderungen eintreten - abgesehen von gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Dabei spielen die fachliche Kompetenz insbesondere von Lehrern der Fächer Gesellschafts- und Sozialkunde, Geschichte, Erdkunde und Russisch wie auch das Alter und die mentale Verfassung des jeweiligen Pädagogen eine wichtige Rolle. Zudem sind fast alle Lehrer durch existentielle Probleme so stark belastet, daß für inhaltliche Überlegungen und Diskussionen wenig Kraft bleibt. Da ohnehin hinreichend sozialer Zündstoff dadurch entsteht, daß Lehrer mit gleicher Grundausbildung in unterschiedlichen Schulformen unterrichten und sich daraus Unterschiede in ihrer sozialen und gesellschaftlichen Stellung ergeben, sind für die Kultus- und Bildungsministerien auch in diesem Bereich Einfühlungsvermögen und Kompetenz bei der Problemlösung geboten und Aktivitäten im Sinne einer Pädagogik für das Kind, einschließlich der Lehrerproblematik, gefordert.

Die Schulstrukturen sind bestimmt. Damit stehen die inhaltliche Ausgestaltung im Vordergrund bildungspolitischer Aktivitäten aller am Schulwesen Beteiligten.

## **Anlagen**

## 1. Rechtsgrundlagen

*Die Gesetze, aus denen die folgenden Auszüge entnommen wurden, sind vollständig abgedruckt in:*

Erstes Schulreformgesetz für das Land Brandenburg (Vorschaltgesetz - 1. SRG), GVBl. 1991 S. 116

Erstes Schulreformgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (SRG), GVBl. 1991 S. 123

Schulgesetz für den Freistaat Sachsen (SchulG) vom 3. Juli 1991, GVBl. 1991 S. 213

Schulreformgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (Vorschaltgesetz), GVBl. 1991 S. 165

Vorläufiges Bildungsgesetz für das Land Thüringen (VBiG) vom 25. März 1991, GVBl. 1991 S. 61

Schulrecht. Ergänzbare Sammlung für Schule und Schulverwaltung in Landesausgaben. Neuwied: Luchterhand 1991 (Loseblatt-Ausgabe)

Ausg. Brandenburg

Ausg. Mecklenburg-Vorpommern

Ausg. Sachsen

Ausg. Sachsen-Anhalt

Ausg. Thüringen

Dokumentation der Schulgesetze der Länder. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Bonn: KMK (1991), 66 S.

## **2. Auszug aus dem Schulreformgesetz des Landes Brandenburg**

### **§ 1 Recht auf Bildung**

- (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf schulische Bildung. Dieses Recht wird nach Maßgabe dieses Gesetzes durch das öffentliche Schulwesen gewährleistet.
- (2) Die Fähigkeiten und Neigungen des Kindes sowie der Wille der Eltern bestimmen seinen Bildungsgang. Der Zugang zu den schulischen Bildungsgängen steht jeder Schülerin und jedem Schüler nach Leistung und Bildungsbereitschaft unabhängig von der Herkunft sowie der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Eltern offen.

### **§ 2 Allgemeine Bildungs- und Erziehungsziele**

- (1) Die Schule unterrichtet und erzieht junge Menschen. Sie verwirklicht die in der Landesverfassung verankerten allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziele. Dazu gehören insbesondere die Erziehung zur Bereitschaft zum sozialen Handeln, zur Anerkennung der Grundsätze der Menschlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zum friedlichen Zusammenleben der Völker und zur Verantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt sowie zu der Fähigkeit und Bereitschaft, für sich allein und gemeinsam mit anderen Leistungen zu erbringen.
- (2) Die Schule achtet das Erziehungsrecht der Eltern. Sie wahrt Offenheit und Toleranz gegenüber den unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und politischen Überzeugungen und Wertvorstellungen. Sie gewährt die gleichberechtigte Bildung und Erziehung hinsichtlich der Geschlechter und der kulturellen Herkunft. Sie vermeidet, was die Empfindungen Andersdenkender verletzen könnte. Keine Schülerin und kein Schüler darf einseitig beeinflusst werden.



- (3) Kindern und Jugendlichen im deutsch-sorbischen Gebiet, deren Eltern es wünschen, ist die Möglichkeit zu geben, die sorbische Sprache zu erlernen und Kenntnisse aus der Geschichte und Kultur der Sorben vermittelt zu bekommen.

...

## **§ 5 Schulstruktur**

...

## **§ 6 Die Grundschule**

- (1) Die Grundschule vermittelt für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam grundlegende Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Sie führt von den spielerischen zu den schulischen Formen des Lernens und Arbeitens und bereitet sie auf den Übergang in die Sekundarstufe I vor. Sie entfaltet die Begabungen der Schülerinnen und Schüler und gibt ihnen Gelegenheit, das Zusammenleben in der Gemeinschaft zu erlernen.
- (2) Die Grundschule umfaßt die Klassen 1 bis 6. Wenn die räumlichen Verhältnisse es erfordern, können sie an zwei verschiedenen Standorten geführt werden, sofern jeder Standort mindestens zwei Jahrgangsstufen und zwei Klassen umfaßt.
- (3) Der Unterricht in der Grundschule wird im Klassenverband erteilt. Für begrenzte Zeiträume kann die Schule auch andere Lerngruppen einrichten. Die Schulaufsichtsbehörde kann zulassen, daß eine Schule, deren Schülerzahl in zwei Jahrgängen jeweils unter 12 Kindern liegt oder die nach besonderen pädagogischen Konzepten arbeiten, jahrgangsübergreifende Klassen bildet.

## **§ 7 Die Gesamtschule**

- (1) Die Gesamtschule vermittelt mit der Möglichkeit der inneren und äußeren Differenzierung (Fachleistungsdifferenzierung) eine allgemeine Bildung und eröffnet damit den Weg zur Erlangung aller Abschlüsse der Sekundarstufe I gemäß Abs. 4 und in Ver-

bindung mit der Oberstufe die Erlangung der Hochschulzugangsberechtigung sowie den Eintritt in unmittelbar berufsqualifizierende Bildungsgänge.

- (2) Die Gesamtschule umfaßt in der Regel die Sekundarstufe I und die gymnasiale Oberstufe.
- (3) In der Sekundarstufe I wird der Unterricht überwiegend im Klassenverband, ab dem zweiten Halbjahr der Klasse 7 darüberhinaus auch in Kursen erteilt, die nach Leistung und Neigung der Schülerinnen und Schüler gebildet werden. Andere Unterrichtsformen können für begrenzte Zeiträume an die Stelle des Unterrichts im Klassenverband und in Kursen treten. Für den Fremdsprachenunterricht können Sonderregelungen zugelassen werden.
- (4) Wer die Sekundarstufe I in der Gesamtschule mit Erfolg abschließt, erwirbt entsprechend seiner Leistung die erweiterte Berufsbildungsreife, die Fachoberschulreife oder die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Bei Vorliegen der Voraussetzung für ein Aufrücken in die Klasse 10 kann die Berufsbildungsreife zuerkannt werden. Für die Abschlüsse in der Sekundarstufe II gelten die §§ 10 und 11.

## **§ 8 Das Gymnasium**

- (1) Das Gymnasium vermittelt eine allgemeine Bildung und entsprechend den Leistungen und Neigungen des Einzelnen Abschlüsse und Berechtigungen, die es ermöglichen, den Bildungsweg an einer Hochschule, aber auch in unmittelbar berufsqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen.
- (2) Das Gymnasium umfaßt grundsätzlich durchgängig die Sekundarstufe I und die gymnasiale Oberstufe. Mehrere Gymnasien können eine gemeinsame gymnasiale Oberstufe führen.
- (3) In der Sekundarstufe I wird der Unterricht im Klassenverband erteilt. Daneben können einzelne Fächer in Kursen unterrichtet werden. Andere Unterrichtsformen können für begrenzte Zeit-

räume an die Stelle des Unterrichts im Klassenverband und in Kursen treten.

- (4) Wer die Sekundarstufe I im Gymnasium mit Erfolg abschließt, erwirbt die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Im Gymnasium kann am Ende der Klasse 10 auch die Fachoberschulreife erworben werden. Bei einer Versetzung in die Klasse 10 kann ein der Berufsbildungsreife entsprechender Abschluß zuerkannt werden. Für die Abschlüsse der Sekundarstufe II gelten die §§ 10 und 11.

## **§ 9 Die Realschule**

- (1) Die Realschule vermittelt eine allgemeine Bildung sowie entsprechend den Leistungen und Neigungen der Schülerinnen und Schüler Abschlüsse und Berechtigungen, die es ermöglichen, den Bildungsweg in unmittelbar berufsqualifizierenden und studienbezogenen Bildungsgängen fortzusetzen.
- (2) Die Realschule umfaßt die Klassen 7 bis 10.
- (3) Der Unterricht wird im Klassenverband erteilt. Daneben können einzelne Fächer in Kursen unterrichtet werden. Andere Unterrichtsformen können für begrenzte Zeiträume an die Stelle des Unterrichts im Klassenverband und in Kursen treten.
- (4) Nach dem erfolgreichen Besuch der Realschule wird die Fachoberschulreife vergeben. Bei besonderen Leistungen kann auch die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe erworben werden. Bei einer Versetzung in die Klasse 10 kann ein der Berufsbildungsreife entsprechender Abschluß zuerkannt werden.

## **§ 11 Die gymnasiale Oberstufe** (Bildungsgänge zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife)

- (1) In der gymnasialen Oberstufe werden die Schülerinnen und Schüler in einem Kurssystem unterrichtet, das die Kombination

von Grund- und Leistungskursen im Pflicht- und Wahlbereich ermöglicht.

- (2) Für jede Schullaufbahn werden verbindliche und wählbare Unterrichtsfächer einander zugeordnet. Hierdurch werden im sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld, im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld und im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld sowie im Fach Sport eine gemeinsame Grundbildung und eine individuelle vertiefte Bildung in Schwerpunktbereichen gewährleistet.
- (3) Der Bildungsgang der gymnasialen Oberstufe kann mit berufsqualifizierenden Bildungsgängen zu doppelqualifizierenden Bildungsgängen mit entsprechenden Abschlüssen verbunden werden.
- (4) Am Ende der gymnasialen Oberstufe wird nach einer Prüfung die allgemeine Hochschulreife vergeben. In der gymnasialen Oberstufe kann auch die Fachhochschulreife erworben werden, bei Verbindung mit beruflichen Bildungsgängen auch ein beruflicher Abschluß oder eine berufliche Vorqualifizierung.
- (5) Die Bildungsgänge zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife an berufsbildenden Schulen entsprechen den in den Absätzen 1 bis 4 genannten und können mit einer beruflichen Qualifizierung gekoppelt werden.

### **3. Auszug aus dem Schulreformgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

#### **Präambel**

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat in der Absicht, ein demokratisch legitimiertes Schulwesen auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Wertvorstellungen des Grundgesetzes zu schaffen, jedem jungen Menschen das gleiche Recht auf eine

seiner Leistungsfähigkeit entsprechende Bildung zu ermöglichen und gleiche Bildungschancen für jeden zu eröffnen sowie Leistungsbereitschaft, soziales Engagement und eine freie demokratische Gesinnung der Schüler zu entwickeln, in Vorbereitung auf ein späteres umfassendes Schulgesetz das folgende Gesetz beschlossen:

## **§ 1 Schularten**

- (1) Um allen jungen Menschen im Lande Mecklenburg-Vorpommern gleiche Bildungschancen zu eröffnen, sind unter Berücksichtigung des Auftrages der einzelnen Schularten nach Maßgabe dieses Gesetzes sachgerechte Übergangsmöglichkeiten mit größtmöglicher Durchlässigkeit zu schaffen.
- (2) Als Regelschularten werden eingerichtet:
  1. die Grundschule,
  2. die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen
    - a) die Hauptschule,
    - b) die Realschule,
    - c) das Gymnasium,

...
- (3) Auf Antrag des Schulträgers können Gesamtschulen nach § 6 neben dem gegliederten Schulsystem als gleichrangige Schulart errichtet werden.
- (4) Auf Antrag des Schulträgers können Schulen in freier Trägerschaft (§ 29 Nr. 1) errichtet werden.
- (5) Die Schularten des Absatzes 2 werden mit dem Schuljahr 1991/92 eingeführt.
- (6) An den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bilden die Klassenstufen fünf und sechs die Orientierungsstufe. Wenn für den Schüler unzumutbare Wege entstehen, können die Klassenstufen fünf und sechs mit einer Grundschule organisatorisch verbunden werden. Diese Klassen sind in pädagogischer Hinsicht einer weiterführenden Schule als Außenstelle zu unterstellen.

## **§ 2 Allgemeinbildende Schulen**

- (1) Die Grundschule ist die gemeinsame Grundstufe des Schulwesens. Sie umfaßt vier Klassenstufen. Der Grundschule ist bei Bedarf ein Schulhort angegliedert.**
- (2) In der Orientierungsstufe soll in einem Zeitraum der Erprobung, der Förderung und Beobachtung in Zusammenarbeit mit den Eltern die für den Schüler geeignete Schulart ermittelt werden. Der Unterricht richtet sich nach dem Ziel der zu besuchenden Schulart aus.**
- (3) Die Hauptschule vermittelt im Anschluß an die Grundschule unter Einbeziehung von beruflichen Inhalten und praktischen Anteilen eine allgemeine Bildung, die Grundlage für den Eintritt in eine Berufsausbildung oder den Übergang in weitere schulische Bildungsgänge ist. Sie umfaßt fünf Klassenstufen. Sie kann eine weitere Klassenstufe (Klassenstufe zehn) haben. Nach erfolgreichem Besuch der Klassenstufe neun erwerben die Schüler den Hauptschulabschluß.**
- (4) Die Realschule vermittelt im Anschluß an die Grundschule eine allgemeine Bildung, die Grundlage für den Eintritt in eine Ausbildung für Berufe mit erweiterten Anforderungen oder für den Übergang in weitere schulische Bildungsgänge ist. Sie umfaßt sechs Klassenstufen. Nach erfolgreichem Besuch der Klassenstufe zehn erwerben die Schüler den Realschulabschluß.**
- (5) Das Gymnasium vermittelt im Anschluß an die Grundschule eine breite allgemeine Bildung, die Grundlage für ein Studium an einer Hochschule oder für eine Berufsausbildung mit vergleichbaren Anforderungen ist. Es umfaßt acht Klassenstufen und schließt mit der Abiturprüfung ab.**
- (6) Die Aufnahme in die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium erfolgt auf Antrag der Eltern entsprechend einem Vorschlag der abgebenden Schule. Weicht der Antrag der Eltern**

von dem Vorschlag der Schule ab, wird im Gespräch mit den Eltern eine gemeinsame Entscheidung gesucht. Bleiben die Eltern bei ihrer Auffassung, ist das Kind dem Elternwillen entsprechend einzuschulen.

#### **4. Auszug aus dem Schulgesetz des Freistaates Sachsen**

##### **§ 1 Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule**

- (1) Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule wird bestimmt durch das Recht eines jeden jungen Menschen auf eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Erziehung und Bildung ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage.
- (2) Die schulische Bildung soll zur Entfaltung der Persönlichkeit der Schüler in der Gemeinschaft beitragen. Diesen Auftrag erfüllt die Schule, indem sie Kenntnisse, Fähigkeiten und Werterhaltungen vermittelt, um so die Erziehungs- und Bildungsziele zu erreichen und Freude am Lernen zu wecken. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaates Sachsen bilden hierfür die Grundlage.

##### **§ 2 Schulen im deutsch-sorbischen Gebiet**

- (1) Im deutsch-sorbischen Gebiet ist allen Kindern und Jugendlichen, deren Erziehungsberechtigte es wünschen, die Möglichkeit zu geben, die sorbische Sprache zu erlernen bzw. in festzulegenden Fächern und Klassenstufen in sorbischer Sprache unterrichtet zu werden.
- (2) Das Staatsministerium für Kultus wird ermächtigt, die erforderlichen besonderen Bestimmungen zur Arbeit an sorbischen und anderen Schulen im deutsch-sorbischen Gebiet zu treffen, insbesondere hinsichtlich
  1. der Organisation;
  2. des Status der sorbischen Sprache als

- a) Muttersprache,
  - b) Zweitsprache und
  - c) Fremdsprache;
- 3. der gemäß Abs. 1 festzulegenden Fächer und Klassenstufen.
- (3) Darüber hinaus sind an allen Schulen im Freistaat Sachsen Grundkenntnisse aus der Geschichte und Kultur der Sorben zu vermitteln.

#### **§ 4 Schularten und Schulstufen**

- (1) Das Schulwesen gliedert sich in folgende Schularten:
  - 1. Allgemeinbildende Schulen
    - a) die Grundschule,
    - b) die Mittelschule,
    - c) das Gymnasium;
    - ...
- (2) Schulstufen sind:
  - 1. die Primarstufe; sie umfaßt die Klassen 1 bis 4,
  - 2. die Sekundarstufe I; sie umfaßt die Klassen 5 bis 10 der allgemeinbildenden Schulen und der Förderschulen sowie die Abendmittelschule,
  - 3. die Sekundarstufe II; sie umfaßt die Klassen 11 und 12 der allgemeinbildenden Schulen und der Förderschulen sowie die berufsbildenden Schulen, das Abendgymnasium und das Kolleg.

#### **§ 5 Grundschule**

- (1) Die Grundschule vermittelt in einem für alle Schüler gemeinsamen Bildungsgang unter Einbeziehung von Elementen des spielerischen Lernens allgemeine Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten und führt ihre Schüler zu den weiterführenden Bildungsgängen.
- (2) Die Grundschule umfaßt die Klassen 1 bis 4.



- (3) Für schulpflichtige, aber noch nicht schulfähige Kinder können Vorbereitungsklassen eingerichtet werden, in denen diese Kinder, falls es ihre Eltern wünschen, durch besondere pädagogische Maßnahmen zur Schulfähigkeit geführt werden sollen.

## **§ 6 Mittelschule**

- (1) Die Mittelschule ist eine differenzierte Schulart. Sie vermittelt eine allgemeine und berufsvorbereitende Bildung und schafft Voraussetzungen für eine berufliche Qualifizierung.
- (2) Die Mittelschule umfaßt die Klassen 5 bis 10. Die Klassen 5 und 6 haben Orientierungsfunktion. Ab Klasse 7 beginnt eine auf Abschlüsse und Leistungsentwicklung bezogene Differenzierung. Die Schüler erwerben mit dem erfolgreichen Besuch der Klasse 9 den Hauptschulabschluß und können durch eine besondere Leistungsfeststellung den qualifizierenden Hauptschulabschluß erwerben. Mit erfolgreichem Besuch der Klasse 10 und bestandener Abschlußprüfung wird der Realschulabschluß, der beruflich orientiert sein kann, erworben.
- (3) An der Mittelschule können besondere Profile (z.B. sprachliche, mathematisch-naturwissenschaftliche, musische, technische, sportliche) eingerichtet werden.

## **§ 7 Gymnasium**

- (1) Das Gymnasium vermittelt Schülern, mit entsprechenden Begabungen und Bildungsabsichten eine vertiefte allgemeine Bildung, die für ein Hochschulstudium vorausgesetzt wird; es schafft auch Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung außerhalb der Hochschule.
- (2) Das Gymnasium umfaßt die Klassen 5 bis 12, schließt mit der Abiturprüfung ab und verleiht die allgemeine Hochschulreife. Die Klassen 5 und 6 haben Orientierungsfunktion.

- (3) Am Gymnasium können besondere Profile (z.B. sprachliche, mathematisch-naturwissenschaftliche, musische, sportliche) eingerichtet werden.
- (4) Für die Klassen 11 und 12 (Jahrgangsstufen) des Gymnasiums gilt folgendes:
  - 1. unterrichtet wird in halbjährigen Grund- und Leistungskursen;
  - 2. die herkömmliche Leistungsbewertung durch Noten wird in ein Punktesystem umgesetzt;
  - 3. die allgemeine Hochschulreife wird durch eine Gesamtqualifikation erworben. Diese setzt sich zusammen aus den Leistungen
    - a) in der Abiturprüfung,
    - b) in den Leistungskursen,
    - c) in bestimmten anrechenbaren Grundkursen.
- (5) Das Staatsministerium für Kultus wird ermächtigt, das Nähere zur Ausführung von Absatz 4 durch Rechtsverordnung zu regeln, insbesondere das Fächerangebot und seine Zusammenfassung zu Aufgabenfeldern einschließlich der Wahlmöglichkeiten und Belegungsgrundsätze, die Voraussetzungen für die Einrichtung von Kursen, die Leistungserhebung und -bewertung, die Voraussetzungen der Zulassung zur Abiturprüfung, die Bildung der Gesamtqualifikation und die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Hochschulreife.

## **5. Auszug aus dem Schulreformgesetz des Landes Sachsen-Anhalt**

### **§ 1 Erziehungs- und Bildungsauftrag, Geltungsbereich**

- (1) Die Schule leistet bei Erziehung und Bildung ihren Beitrag, indem sie Schülerinnen und Schülern hilft, ihre Fähigkeiten und Neigungen zu entwickeln, selbständig zu denken und zu handeln, um ihr Leben in eigener Verantwortung und zugleich Gesell-

schaft und Umwelt verpflichtet zu führen.

- (2) Der Erziehungs- und Bildungsauftrag leitet sich ab von den Wertvorstellungen des freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaates, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck kommen.
- (3) Er wird insbesondere bestimmt durch das Recht eines jeden jungen Menschen auf eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Bildung und Erziehung.
- (4) Bei der Erfüllung ihres Auftrages haben die Schulen das verfassungsmäßige Recht der Eltern auf Erziehung ihres Kindes zu achten.

#### **§ 4 Grundschule**

- (1) In der Grundschule werden Schüler des 1. bis 4. Schuljahrganges unterrichtet.
- (2) Die Grundschule vermittelt ihren Schülern durch Einbeziehen von Elementen des spielerischen Lernens im Unterricht Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten und entwickeln die verschiedenen Fähigkeiten in einem für alle Schüler gemeinsamen Bildungsgang und gibt den Erziehungsberechtigten eine Empfehlung für die Entscheidung bei der Wahl des Bildungsganges nach dem 4. Schuljahrgang.
- (3) An der Grundschule kann für schulpflichtige, aber noch nicht schulfähige Kinder eine Vorklasse eingerichtet werden. In der Vorklasse soll die Schulfähigkeit der Kinder entwickelt werden.
- (4) Im Hort werden Kinder, deren Eltern es wünschen, vor und nach dem Unterricht betreut. Ein Hort ist Bestandteil jeder Grundschule.
- (5) Die Grundschule hat wenigstens einen Zug; die Schulbehörde kann Ausnahmen zulassen.

## **§ 5 Sekundarschule**

- (1) In der Sekundarschule werden Schüler des 5. bis 9. bzw. 10. Schuljahrganges unterrichtet.**
- (2) Im 5. und 6. Schuljahrgang der Sekundarschule (differenzierende Förderstufe) werden die Schüler in ihren individuellen Fähigkeiten gefördert und in die Lernschwerpunkte und Lernanforderungen der weiterführenden Bildungsgänge eingeführt. Der Unterricht in einzelnen Fächern kann leistungsdifferenziert und klassenübergreifend geführt werden. Die Schule gibt den Erziehungsberechtigten eine Empfehlung für die Entscheidung bei der Wahl des Bildungsganges nach dem 6. Schuljahrgang (Hauptschulbildungsgang, Realschulbildungsgang, Gymnasium).**
- (3) Ab dem 7. Schuljahrgang besuchen die Schüler in der Sekundarschule einen Realschulbildungsgang oder einen Hauptschulbildungsgang.**
  - 1. Der Hauptschulbildungsgang umfaßt die Schuljahrgänge 7 bis 9. Ein 10. Schuljahrgang kann eingerichtet werden. Der Hauptschulbildungsgang vermittelt eine grundlegende Allgemeinbildung, bietet Hilfen zur Berufsfindung und schafft Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Bildung. Er spricht Schüler an, die den Schwerpunkt ihrer Anlagen, Interessen und Leistungen im anschaulich-konkreten Denken und im praktischen Umgang mit den Dingen haben. Der erfolgreiche Abschluß wird in einem Kolloquium festgestellt.**
  - 2. Der Realschulbildungsgang umfaßt die Schuljahrgänge 7 bis 10. Er vermittelt eine allgemeine und berufsorientierte Bildung, die Grundlage für eine spätere qualifizierte Tätigkeit in einem weiten Bereich von Berufen mit erhöhten theoretischen und praktischen Anforderungen ist. Der erfolgreiche Abschluß wird in einem Kolloquium festgestellt.**
- (4) Die Abschlüsse des Hauptschulbildungsganges wie auch des Realschulbildungsganges ermöglichen den Schülern, ihren Bildungsweg im berufsbildenden Bereich fortzusetzen. Bei Vor-**

liegen besonderer Leistungen erwerben Schüler des 10jährigen Hauptschulbildungsganges oder des Realschulbildungsganges auch die Berechtigung zum Eintritt in die Klasse 11 des Gymnasiums.

- (5) Die Sekundarschule wird mindestens zweizügig geführt; die Schulbehörde kann Ausnahmen zulassen.
- (6) In Ausnahmefällen können mit Zustimmung der obersten Schulbehörde die Schuljahrgänge 5 und 6 einer Sekundarschule bei Vorliegen örtlich zwingender Bedürfnisse als unselbständige Außenstelle bei einer Grundschule geführt werden.

## **§ 6 Gymnasium**

- (1) Im Gymnasium werden Schüler des 5. bis 12. Schuljahrganges unterrichtet.
- (2) Das Gymnasium vermittelt die vertiefte allgemeine Bildung, die für ein Hochschulstudium vorausgesetzt wird. Es kann als Spezialschule mit inhaltlichen Schwerpunkten angeboten werden.
- (3) Die Schuljahrgänge 5 und 6 bilden als Beobachtungsstufe eine pädagogische Einheit.
- (4) In den Schuljahrgängen 11 und 12 (Kurstufe) wird der Unterricht im Klassenverband und in Kursen erteilt.
- (5) Das Gymnasium schließt mit der Abiturprüfung ab.
- (6) Das Gymnasium wird mindestens zweizügig geführt; die Schulbehörde kann Ausnahmen zulassen.
- (7) Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird ermächtigt, durch Verordnung das Nähere zu den Ausführungen der Abs. 3, 4 und 5 zu regeln.

## **6. Auszug aus dem Bildungsgesetz des Landes Thüringen**

### **Präambel**

Das Bildungswesen in Thüringen muß infolge der Bestimmungen im Einigungsvertrag kurzfristig neu gestaltet werden. Das endgültige Bildungsgesetz muß nach dem Willen der Bevölkerung gründlich und langfristig beraten werden. Um dennoch die Neuordnung des Bildungswesens unverzüglich einleiten zu können, gelten für eine Übergangszeit von zwei Schuljahren die nachfolgenden Vorschriften sowie auf deren Grundlage erlassene Rechtsverordnungen.

### **§ 1 Recht auf schulische Bildung**

- (1) Jeder Mensch hat ein Recht auf schulische Bildung. Dieses Recht wird nach Maßgabe dieses Gesetzes gewährleistet.
- (2) Der Zugang zu den schulischen Bildungsgängen steht jeder Schülerin und jedem Schüler nach Leistung und Bildungswillen unabhängig von der Herkunft sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Eltern offen.

### **§ 2 Gemeinsamer Auftrag für das Bildungswesen**

- (1) Der Auftrag der Bildungseinrichtungen in Thüringen leitet sich ab von den Wertvorstellungen des freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaates, wie sie im Grundgesetz zum Ausdruck kommen. Dieser Auftrag orientiert sich an einem Menschenbild, das, eingebettet in die europäische humanistische Tradition, gekennzeichnet ist von Freiheit, Toleranz, Individualität und Verantwortung, insbesondere für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt. Das verfassungsmäßige Erziehungsrecht der Erziehungsberechtigten wird gewährleistet. Die Schule respektiert die weltanschaulichen und religiösen Grundsätze, nach denen die Eltern ihre Kinder erziehen.

- (2) Bei der Gestaltung des Erziehungs- und Bildungswesens wirken das Land, die kommunalen Gebietskörperschaften und die freien Träger mit den Erziehungsberechtigten, den Lehrern, den Erziehern, den Schülern sowie den für die außerschulische Bildung und Erziehung Verantwortlichen zusammen.

#### **§ 4 Schularten**

- (1) Im Land Thüringen gibt es folgende Schularten:
1. die Grundschule,
  2. die Regelschule,
  3. das Gymnasium,
  - ...
- (2) Die Grundschule mit den Klassenstufen 1 bis 4, die vorbehaltlich des Absatzes 8 von allen Schülern gemeinsam besucht wird, vermittelt eine grundlegende Bildung als Voraussetzung für jede weitere schulische Bildung und gibt Hilfen für die intellektuelle, psychische, physische und soziale Entwicklung des Kindes.
- (3) Die Regelschule mit den Klassenstufen 5 bis 9 und 10 vermittelt eine allgemeine und berufsvorbereitende Bildung und schafft Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Tätigkeit. Ab Klassenstufe 7 beginnt eine Differenzierung nach Schwerpunkten. Die Schüler können mit erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe den Hauptschulabschluß (Berufsreife) oder mit erfolgreichem Besuch der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung den Realschulabschluß (mittlere Reife) erwerben. Mit dem Realschulabschluß ist der Eintritt in die dreijährige Oberstufe an einem Gymnasium möglich.
- (4) Grundschulen und Regelschulen können organisatorisch miteinander verbunden werden.
- (5) Das Gymnasium beginnt mit der Klassenstufe 5. Ein Übertritt aus der Regelschule ist auch nach den Klassenstufen 5 und 6 zu ermöglichen. Das Gymnasium vermittelt eine vertiefte allgemeine Bildung, die für ein Hochschulstudium vorausgesetzt

wird oder auf eine sonstige berufliche Ausbildung vorbereitet. Es führt mit erfolgreichem Abschluß der Klassenstufe 12 (Abitur) zur allgemeinen Hochschulreife. Daneben besteht die Möglichkeit, mit erfolgreichem Besuch der Klassenstufe 10 und bestandener Prüfung den Realschulabschluß (Mittlere Reife) und nach erfolgreichem Abschluß der dreijährigen gymnasialen Oberstufe (Abitur) die allgemeine Hochschulreife zu erwerben. Gymnasien können in der Ausnahme als Spezialschulen gestaltet sein.

- (6) Die berufsbildende Schule vermittelt Abschlüsse, die den Eintritt in eine qualifizierte Berufstätigkeit, in weiterführende schulische Bildungsgänge sowie in die Hochschulen ermöglichen.
- (7) Das Kolleg führt Schüler mit Realschulabschluß oder einem gleichwertigen Abschluß und mindestens dreijähriger Berufserfahrung in einem dreijährigen Vollzeitbildungsgang zur allgemeinen Hochschulreife. Für Schüler ohne Realschulabschluß oder ohne gleichwertigen Abschluß dauert der Bildungsgang vier Jahre. Das Mindestalter für die Aufnahme ist 19 Jahre.
- (8) Kinder und Jugendliche mit physischer oder psychischer Behinderung oder Schädigung werden nach Maßgabe der individuellen Art und Ausprägung der Behinderung oder Schädigung in Schulen der Absatz 1 Nr. 1 bis 5 genannten Schularten unterrichtet und sonderpädagogisch gefördert. Schüler, die in diesen Schulen nicht ausreichend gefördert werden können, erhalten in Sonderschulen eine spezifische Förderung. Sonderschulen sind in unterschiedliche Schulformen gegliedert. Bei pädagogischer Notwendigkeit sind schulvorbereitende Einrichtungen sowie sonderpädagogische Kindergärten und Beratungsstellen zur Früherkennung und Frühförderung einzurichten und zu erhalten. Über die Notwendigkeit und die Form einer sonderpädagogischen Betreuung beraten Mediziner, Psychologen, Pädagogen und gesetzliche Vertreter gemeinsam. Näheres regelt ein Sonderschulgesetz.